

Johannes Ahrens · Raphael Beer
Uwe H. Bittlingmayer
Jürgen Gerdes (Hrsg.)

Normativität

Über die Hintergründe
sozialwissenschaftlicher
Theoriebildung



ARBEIT · GRENZEN · POLITIK · HANDLUNG · METHODEN · GEWALT · SPRACHE · WISSEN
SCHAFT · DISKURS · SCHICHT · MOBILITÄT · SYSTEM · INDIVIDUUM · KONTROLLE
ZEIT · ELITE · KOMMUNIKATION · WIRTSCHAFT · GERECHTIGKEIT · STADT · WERTE
RISIKO · ERZIEHUNG · GESELLSCHAFT · RELIGION · UMWELT · SOZIALISATION
RATIONALITÄT · VERANTWORTUNG · MACHT · PROZESS · LEBENSSTIL · DELIN

Johannes Ahrens · Raphael Beer · Uwe H. Bittlingmayer
Jürgen Gerdes (Hrsg.)

Normativität

Johannes Ahrens · Raphael Beer
Uwe H. Bittlingmayer
Jürgen Gerdes (Hrsg.)

Normativität

Über die Hintergründe
sozialwissenschaftlicher
Theoriebildung



Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über
<<http://dnb.d-nb.de>> abrufbar.

1. Auflage 2011

Alle Rechte vorbehalten

© VS Verlag für Sozialwissenschaften | Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH 2011

Lektorat: Frank Engelhardt

VS Verlag für Sozialwissenschaften ist eine Marke von Springer Fachmedien.

Springer Fachmedien ist Teil der Fachverlagsgruppe Springer Science+Business Media.

www.vs-verlag.de



Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Umschlaggestaltung: KünkelLopka Medienentwicklung, Heidelberg

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

Printed in Germany

ISBN 978-3-531-17580-5

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	7
<i>Johannes Ahrens/Raphael Beer/Uwe H. Bittlingmayer/Jürgen Gerdes</i> Normativität. Über die Hintergründe sozialwissenschaftlicher Theoriebildung. Zur Einführung	9
<i>Reinhart Kößler</i> Normativität bei Marx	25
<i>Raphael Beer</i> Normativität bei Emile Durkheim. Reflexionen zur Möglichkeit einer positivistischen Soziologie	45
<i>Lars Heinemann</i> Normativität bei Max Weber. Zum Spannungsverhältnis von Wertfreiheit und Verstehen	63
<i>Peter-Ernst Schnabel</i> Normativität bei Georg Simmel	119
<i>Johannes Ahrens</i> Normativität im Wiener Kreis	147
<i>Stephan Drucks</i> Normativität bei Norbert Elias	157
<i>Uwe H. Bittlingmayer/Alex Demirović/Ullrich Bauer</i> Normativität in der Kritischen Theorie	189
<i>Frank Hillebrandt</i> Normativität in der Praxistheorie Pierre Bourdieus	221
<i>Thomas Blank</i> Normativität im Rational-Choice-Ansatz	241

<i>Dirk Richter</i> Normativität in der Systemtheorie	271
<i>Raphael Beer/Bryndis Trienekens</i> Normativität bei Jürgen Habermas	287
<i>Elisabeth Tuidter</i> Normativität in den Cultural Studies Intellektuelle Praxis als Politik	313
Hinweise zu den Autorinnen und Autoren	331

Vorwort

Vor etwa zwei Jahren haben wir im Lit-Verlag einen Sammelband veröffentlicht, der Analysen zur normativen Verankerung sozialwissenschaftlicher Gegenstände, zum Beispiel Familien- und Migrationssoziologie oder Sozialisationsforschung, beinhaltet. Der vorliegende Band setzt die Untersuchungen zur Normativität in den Sozialwissenschaften fort. Allerdings wechselt die analytische Richtung: In diesem Band werden nunmehr die sozialwissenschaftlichen Analysewerkzeuge bzw. Theorien daraufhin überprüft, inwieweit in ihnen normative Entscheidungen getroffen werden, die zur affirmativen oder kritischen Perspektiven an den jeweiligen Gesellschaftsstrukturen führen. Obwohl wir ein breites Spektrum an sozialwissenschaftlichen Theorien abbilden – von Marx, Weber und Durkheim über Elias, den Wiener Kreis und die Frankfurter Schule bis hin zu den aktuellen Ansätzen von Bourdieu, der Systemtheorie und den Cultural Studies – können wir dabei nicht alle wichtigen soziologischen Theorien und Autoren abdecken. So fehlen etwa die Phänomenologie, die Mannheimsche Wissenssoziologie oder der Neoinstitutionalismus. Dennoch sollte nach der Lektüre der Beiträge deutlich werden, dass sich die Frage nach der normativen Verankerung des theoretischen Zugangs in allen sozialwissenschaftlichen Theoriebildungen stellt und von erheblicher Bedeutung ist. Wir hoffen – wie auch schon mit dem oben erwähnten Band – zu einer Auseinandersetzung über die normativen Grundlagen der Sozialwissenschaften beizutragen – mithin kritisches Denken anzuregen.

Wir möchten uns ganz herzlich bei allen Autorinnen und Autoren dieses Bandes für ihre Beiträge und ihre Geduld bedanken. Unser Dank gilt ebenfalls dem Direktor des Münsteraner Instituts für Soziologie Matthias Grundmann, der uns vorbildlich bei diesem Publikationsvorhaben unterstützt hat, und bei Frank Engelhardt vom VS-Verlag, der diese Publikation möglich gemacht hat. Schließlich möchten wir uns für alltägliche Solidarität bei Andy Gubitza, Anja Zurstegge, Diana Sahrai und Elke Lehbrink bedanken.

Münster, Bremen und Freiburg im Oktober 2010

Die Herausgeber

Johannes Ahrens/Raphael Beer/Uwe H. Bittlingmayer/
Jürgen Gerdes

Normativität. Über die Hintergründe sozialwissenschaftlicher Theoriebildung. Zur Einführung

Das abendländische Denken kreist seit seinen Anfängen mit großer Regelmäßigkeit um Themen der Gerechtigkeit, der Freiheit, der Schönheit oder einfacher: um die Frage nach dem richtigen bzw. guten Leben sowohl im Privaten als auch im Öffentlichen. Normative Debatten durchziehen die Ideengeschichte dabei nicht als Begleitphänomen. Die wichtigsten Klassiker der europäischen Geistesgeschichte haben neben ihren Schriften zur theoretischen Philosophie immer auch Hauptwerke zur praktischen Philosophie verfasst und auch auf diesem Feld kann – parallel zur theoretischen Philosophie – eine Entwicklung des Denkens nachgezeichnet werden, die von der Tugendmoral der Antike bis zu deontologischen Ansätzen in der Gegenwart reicht. Die Sozialwissenschaften blieben von dieser Tradition keineswegs unberührt. Mit einem distanzierteren Blick auf die Sozialwissenschaften kann sogar behauptet werden, diese haben ihren Anfang in der politischen Philosophie der Neuzeit.¹ Als Machiavelli seinen „Fürsten“ schrieb, gab er diesem zwar die Empfehlung zu rigidem politischen Handeln, wies aber zugleich darauf hin, dass die Regierenden einer regierten Bevölkerung gegenüberstehen, deren Interessen und Wünsche (inklusive sozialer und religiöser Belange) ernst zu nehmen seien. Entdeckt wurde damit, dass das Politische in einem *gesellschaftlichen Kontext* steht und sich nicht allein auf die Technik des guten Regierens beschränken kann. Im Gefolge von Machiavelli drehen Hobbes oder Locke die Fragestellung der politischen Philosophie dann auch um: Nicht mehr die Frage, wie eine ontologisch gedachte politische Ordnung zum Wohle aller ausgestaltet werden kann, stand im Vordergrund, sondern wie überhaupt eine politische Ordnung *legitimiert* werden kann.

Wenn es also eine regierte Bevölkerung gibt, muss diese, so das aufklärerische Gedankengut, ihrem Regiert-Werden zustimmen können. Und nicht nur

¹ Aus einer größeren Distanz könnte freilich auch die griechische Antike als Anfangspunkt gesetzt werden.

dies: Die Legitimation der politischen Ordnung machte etwa Locke daran fest, dass sie die natürlichen Rechte der Individuen berücksichtigt und manifestiert. Die soziale und politische Ordnung war spätestens damit aus religiösen Begründungszusammenhängen freigesetzt und als ein Handlungsfeld ausdifferenziert, das nunmehr vor allem nach politischen Regeln funktionieren sollte. Anders formuliert: In das Zentrum der Legitimationsfrage rückte sukzessive der *citoyen* (nicht: der *bourgeois*), der, insbesondere von Kant und dessen vernunftrechtlicher Ablösung des Naturrechtsparadigmas eingefordert, dem Primat des öffentlichen Rasonierens folgt und seine Überzeugungen und Interessen in die Foren der politischen Debatten einbringt. Und wenn dies zunächst nur für wohlhabende und gebildete Schichten galt, wird mit diesen Überlegungen ein Gesellschaftsverständnis angeschoben, das in der diskursiven Ausgestaltung überindividueller Angelegenheiten durch die jeweils Betroffenen seinen Ausdruck findet, wobei überindividuell doppelt konnotiert ist: Zum einen sind damit jene Handlungsbereiche gemeint, die einer sozialen (im Gegensatz zum Privaten) Regelung bedürfen. Zum Anderen wird damit die Freisetzung des Politischen pointiert. Diskursive Beiträge müssen sich an intersubjektiv nachvollziehbaren Tatsachen und Normen orientieren und das heißt: Wenn die politische Ordnung nur noch dann ihre Legitimation erhält, wenn sie eine gleichberechtigte politische Partizipation ermöglicht, dürfen etwa religiöse oder ökonomische Kategorien keinen Einfluss mehr auf die politische Gestaltung haben.

Mit der postulierten Unabhängigkeit des Politischen nicht zuletzt von einer göttlich sanktionierten Ordnung wird nun aber die *potentielle Gestaltbarkeit der Gesellschaft* durch ihre Mitglieder aktuell. Die Institutionalisierung der Sozialwissenschaften, insbesondere der Soziologie, tritt deshalb nicht zufällig in einem historischen Moment auf den Plan, in dem die gesamtgesellschaftliche Einrichtung durch die großen Revolutionen – allen voran die britische Bill of Rights, die amerikanische Unabhängigkeitserklärung, die französische Revolution und die Gründung der Föderalen Schweizer Demokratie 1848 – erschüttert wurde und die gesellschaftliche Stabilität, die über Jahrhunderte durch den Glauben und die Begründung an eine schicksalhafte, göttliche Einrichtung der Gesellschaft gefestigt wurde, selbst zum Problem wird. In den Worten von Friedrich Jonas (1968: 8): „Die Geschichte der Soziologie beginnt in dem Augenblick, in dem die selbstverständliche Geltung von Institutionen und Werten durchbrochen und die Frage nach ihnen als relevanter Forschungsgegenstand anerkannt wird.“ Die Sozialwissenschaften übernehmen auf diese Weise eine normative Erblast, die ihr von der politischen Philosophie übertragen wird, ohne freilich das Geschäft der politischen Philosophie so sorgfältig zu besorgen, dass diese damit gleich mit erledigt wäre. In der Landschaft der Wissenschaften, die zur Zeit der Ausdifferenzierung der Sozialwissenschaften vornehmlich durch die Naturwissenschaften

geprägt war, müssen die Sozialwissenschaften sich einen Platz suchen, der ein eigenes Themenfeld und eigene Methoden bietet. Die Sozialwissenschaften substituieren daher nicht die politische Philosophie, sondern flankieren sie, indem sie deren Fragestellungen um den Blick auf deren gesellschaftliche Kontextuierung erweitert. Die ehrwürdigen Ideen von Gerechtigkeit und Freiheit sollen nicht länger bloß als reine Ideen in den Sonntagsreden verbreitet werden, sondern es gilt zu untersuchen, welche gesellschaftlichen Gruppen aus welchen Gründen diese Ideen überhaupt prozessieren und welche gesellschaftlichen Bedingungen notwendig sind, damit diese Ideen sich für alle Gesellschaftsmitglieder realisieren lassen. In den Theoriedebatten der Sozialwissenschaften finden sich darauf die unterschiedlichsten Antworten, die von der Parteinahme für die Arbeiterklasse (Marx, Kritische Theorie), über die gesellschaftliche Rationalisierung (Wiener Kreis, Habermas) bis hin zur Desillusionierung (Luhmann) reichen, um nur einige zu nennen. In den Theoriedebatten der Sozialwissenschaften finden sich aber auch entsprechend der unterschiedlichen Antworten, unterschiedliche Themenfelder, von denen einige, die mit dem Thema Normativität zusammenhängen, im Folgenden kurz benannt werden sollen. Eine Vollständigkeit wird dabei nicht intendiert.

Sozialwissenschaften und sozialer Wandel

Die Soziologie ist neben anderen wichtigen Aspekten in historischer Perspektive zunächst zu begreifen, als „ein Versuch, die Richtung des Wandels zu verstehen. Anspruchsvoller formuliert: sie ist eine Wissenschaft der sozialen Entwicklung.“ (Abrams 1981 [1972]: 75) Zentral für die beginnende Soziologie als eigenständiger und gegenüber der Philosophie abgegrenzter Sozialwissenschaft sind *drei grundlegende Motive*, die die Erfahrungen des sozialen Wandels aus dem späten 18. und frühen 19. Jahrhundert widerspiegeln. *Erstens* liefert zunächst die Industrialisierung trotz all ihrer sozialen Verwerfungen und den Erscheinungen von Hungersnöten und Massenarmut („Pauperismus“) eine Orientierungsfolie des allgemeinen Fortschritts. Die Geschichte einer Gesellschaft wird analogisiert mit der Geschichte wissenschaftlichen und technischen Fortschritts (Dampfkraft statt Pferdestärken, Mechanische Webstühle statt Spindeln sowie Revolutionen in der Arbeitsorganisation wie in den Manufakturen und frühen Fabriken). Auch der Begriff des „Fortschritts“, des „Procederes“ stammt genau aus dieser Zeit und nimmt etwa in der marxischen Theorie (vgl. Köbler in diesem Band) einen bedeutenden Raum ein. *Zweitens* liefert die politisch-philosophische Ideengeschichte etwa in der Aufklärungsphilosophie des deutschen Idealismus oder in der schottischen Moralphilosophie theoretische Reflexionen über die *prinzipielle Gestalt-*

barkeit von Gesellschaft und entwickelt in diesem Zusammenhang etwa Begriffe wie Selbstgesetzgebung, Volkssouveränität oder politische Gewaltenteilung, die für den Denkhorizont der frühen Soziologie maßgeblich sind. Gesellschaft wird selbst zu einem Begriff, zu etwas Deutbaren. Und nicht nur dies. Die Gestaltbarkeit von Gesellschaft bedeutet auch, dass um die „beste“ Gestaltung politisch gekämpft werden kann und muss. Begleitet wird die entstehende Soziologie daher auch durch die Entstehung sozialer Bewegungen (Arbeiterbewegung) einerseits und die Pluralisierung differenter Weltanschauungen andererseits, die um die kulturelle und politische Hegemonie ringen. In den Werken von Marx oder Durkheim (vgl. Beer in diesem Band) bilden diese Hintergründe daher nicht zufällig zentrale Momente der Theoriebildung und der normativen Reaktionen auf diese Entwicklung. Marx, der die Arbeiterbewegung in ihrer organisierten Gestalt nicht nur mitbegründet sondern eben auch kritisch begleitet und Durkheim, der die Pluralisierung von Weltanschauungen als potentielle Bedrohung für die Ordnung der Gesellschaft verstand. *Drittens* schließlich – und damit zusammenhängend – führen die bürgerlichen Revolutionen des 18. und 19. Jahrhunderts zur Frage nach den *Bedingungen sozialer Ordnung* überhaupt. Hier ist nicht nur die Erfahrung entscheidend, dass auch Könige geköpft werden können, sondern auch, dass eine soziale Emanzipationsbewegung wie die Französische Revolution schnell umkippen kann in eine Schreckensherrschaft, die die Diktatur eines Napoleon, der dann als zeitgenössischer Garant für die Wiederherstellung der sozialen Ordnung identifiziert wird, vorbereitet. Die Frage aber nach den Bedingungen der sozialen Ordnung ist aber auch eine Frage, die wesentlich die Eigenständigkeit der Sozialwissenschaften mitkonstituiert. Vermutlich nicht zufällig verbindet etwa Georg Simmel (vgl. dazu Schnabel in diesem Band) die Frage nach der Soziologie mit der Frage: Wie ist gesellschaftliche Ordnung möglich?

Die Soziologie ist in ihren Anfängen also *einerseits* in einer besonderen Ideengeschichte der Aufklärung verankert (Jonas 1968). Zum anderen konstituiert sie sich *andererseits* in einer Zeit rasanten Wandels und in einer Zeit, in der die Selbstverständlichkeit des Sozialen brüchig wird und in der sich aus diesem Grund zwei gleichrangige Motive als zentrales Spannungsfeld in die Soziologie einschreiben, nämlich die Motive Fortschritt und Ordnung. „Wir finden im Frankreich des beginnenden 19. Jahrhunderts einige markante und für die weitere Entwicklung der Soziologie höchst wichtige Positionen, die sich gerade dadurch charakterisieren, daß sie die Substanz des vorrevolutionären Fortschrittsdenkens mit dem von den Konservativen entworfenen Bild des ordnungsbedürftigen empirischen Menschen zu verbinden und zur Synthese zu bringen suchen.“ (Klages 1969: 47)

Krisen-, Ordnungs- und Interventionswissenschaft

Damit werden weitere Felder bzw. Begriffe in die Sozialwissenschaften eingeführt, die ihrerseits zu Konfliktlinien in den theoretischen Debatten werden. Wenn der „Fortschritt“ des 19. Jahrhunderts erkaufte war mit einer ökonomischen und politischen Krisenhaftigkeit, zeigte sich darin eine „Kehrseite“ der potentiellen Gestaltbarkeit der Gesellschaft: Die so genannten und immer wieder diffamierten Massen wollten jetzt mitbestimmen, welche Richtung die gesellschaftliche Entwicklung nehmen soll und sie griffen damit die politische Hegemonie des Bürgertums an, das sich seit der Französischen Revolution (zu Recht?) als legitime Gestalterin der Gesellschaft und Hüterin des Allgemeinwohls begreifen konnte. Politisch wurde auf diese Situation unter anderem mit dem preußischen Zensuswahlrecht reagiert, das den ökonomisch Mächtigen die politische Hegemonie sicherte. Wissenschaftlich begleitet wurde diese Strategie unter anderem durch die Biologie, die in Form von Schädelmessungen – später Intelligenztest – ganzen Bevölkerungsgruppen mentale Unfähigkeit diagnostizierte (vgl. Gould 1988). In den Sozialwissenschaften freilich, die zu jener Zeit noch stark durch den deutschen Idealismus und insbesondere die kantische Hoffnung auf die Vernunft geprägt war, stellten sich die Reaktionen anders dar. Durkheim, der wohl prominenteste Ordnungssoziologe, setzte durchaus auf eine autonome Vernunft, machte aber geltend, dass diese, von gesellschaftlichen Zwängen unberührt, zur Vernunft nicht werden kann und der Mensch sich schließlich selber schade, weil er ohne gesellschaftliche Führung schutzlos seinen eigenen Trieben ausgesetzt ist. Notwendig sei daher eine staatlich gestützte Schulerziehung, die vor allem als moralische Erziehung den Schülern und Schülerinnen die Tugenden vermittele, die für eine sittliche Lebensführung im Privaten und eine gesellschaftlich stabilisierende (mithin: affimierende) Lebensführung im Öffentlichen notwendig ist. Demgegenüber steht Marx, der unumwunden an die Fähigkeit des Menschen zur Selbstbestimmung glaubte und von dieser Position aus auf den Fortschritt setzte, der, so die geschichtsphilosophische Utopie, letztlich zu einer freien und gerechten Gesellschaft führen müsse. Die politische (und ökonomische) Hegemonie des Bürgertums war auf diesem Wege freilich zu überwinden und im Proletariat (also jener diffamierten Masse) sah Marx auch das historische Subjekt, das, getrieben von der ökonomischen Entwicklung, diese Aufgabe schließlich erfüllen wird. Mit Marx, als einem Begründer sozialwissenschaftlichen Denkens, hält dieses an seinem normativen Erbe nun nicht nur in der Theoriebildung fest. Marx versteht seine wissenschaftliche Arbeit als Intervention in die Gesellschaft oder anders formuliert: Als Beitrag zur Gestaltung von Gesellschaft, was in zahlreichen politischen Schriften – allen voran dem „Manifest der kommunistischen Partei“ – zum Ausdruck kommt.

Nachdem nun der erste erfolgreiche Versuch in Russland, die von Marx anvisierte historische Mission anzugehen, seinerseits in einer Diktatur endete und die Versuche in Deutschland scheiterten, konnte Max Weber (vgl. dazu Heineemann in diesem Band) festhalten, die europäische Moderne ist durch einen Rationalisierungsprozess gekennzeichnet, der (nolens volens) in einer Bürokratie endet, die dann zum „stahlharten Gehäuse der Hörigkeit“ führt, vor dem auch sozialistische Befreiungsversuche nicht halt machen können, wenn sie an den positiven Seiten des Fortschritts, die eben auch erst durch die Rationalisierung möglich wurden, festhalten wollen. Gleiches gilt freilich nicht nur für sozialistische Experimente. Gerade auch die kapitalistische Moderne, die nach Weber ihre Wurzeln im Protestantismus hat, zeichnet sich durch Bürokratie, Askese und eine Rationalisierung der Lebensführung aus, die, ihrer religiösen Ursprünge entronnen, sich als zweckrationale Form der Vergesellschaftung darstellen.

Die gescheiterte Revolution in Deutschland lässt auf der anderen Seite jene Theoretiker, die an der grundsätzlichen Idee einer freien Gesellschaft festhielten, ihren Fokus auf die Kultur richten, die seitdem im Themenfeld der Sozialwissenschaften einen festen Platz einnehmen. Zwei (konkurrierende) Schulen spielen dabei eine wesentliche Rolle. Zum einen konstituiert sich in Wien der Wiener Kreis (vgl. dazu Ahrens in diesem Band), der durch wissenschaftliche Rationalität eine Transparenz erzeugen möchte, die schließlich den intrinsischen Gehalt einer freien Gesellschaft jenseits des Ökonomismus plausibel machen soll. Zum anderen wird in Frankfurt jene Schule begründet, die später als Kritische Theorie (vgl. Bittlingmayer/Bauer/Demirović in diesem Band) bekannt werden wird und die die Ambivalenz der Kultur als Hort des Humanismus und als herrschaftstabilisierender Sinnzusammenhang bearbeitet. Beiden Schulen gemeinsam ist, dass auch sie die Wissenschaft nicht als Selbstzweck, sondern als Interventionswissenschaft in die Gesellschaft verstehen. Initiieren die einen die Arbeiterbildung (Wien), proklamieren die anderen die explizite Verschränkung ihrer Arbeiten mit der Arbeiterbewegung (Frankfurter bis 1945). Ein entscheidender Impuls, der – bei aller Gegensätzlichkeit – von beiden für die Sozialwissenschaft ausgeht, ist die Kultur als eigenständige Sphäre gegenüber dem ökonomischen zu betrachten und Sinnzusammenhänge (Wissenschaft, Kunst, Medien) als wichtige Größe auch der politischen Auseinandersetzungen zu begreifen. Hier schließen dann einerseits die „cultural studies“ (vgl. Tuider in diesem Band) an, die jenseits der klassischen sozialen Frage auf kulturelle Ungleichheiten und Diskriminierungen hinweisen. Andererseits macht Bourdieu (vgl. Hillebrandt in diesem Band) für die Ungleichheitssoziologie die Kultur als relevante Größe aus, indem er zeigt, dass die Klassenverhältnisse nicht so sehr über die ökonomische Verfügbarkeit reproduziert werden, sondern über mentale Dispositionen, die kulturell vermittelt sind. In diesen Kontext können auch die Erkenntnisse von Norbert Elias (vgl.

Drucks in diesem Band) eingereicht werden, der darauf hinweist, dass die Entwicklung der europäischen Gesellschaft als Rationalisierungsprozess nicht ausschließlich als Entwicklung von Institutionen beschrieben werden kann. Vielmehr, so zeigt Elias, geht die Modernisierung der Gesellschaft einher mit einer Internalisierung von Verhaltensnormen, die die Bereitschaft, äußere Herrschaft zu dulden, erklärbar macht.

Alle genannten Autoren, und dies gilt es, in diesem Band detaillierter zu belegen, integrieren in ihrer Theoriebildung einen eindeutigen normativen Charakter. Der Unterschied besteht auch nicht darin, dass die gesellschaftlichen Verhältnisse einmal kritisiert und einmal affirmiert werden – kritisch verhalten sich auch die als konservativ geltenden Autoren Durkheim und Weber. Der Unterschied besteht darin, welche normativen Hintergrundannahmen die jeweiligen Autoren leiten und daraus kann gefolgert werden: Die normativen Entscheidungen der Autoren sind in den Sozialwissenschaften von Bedeutung für die Theoriebildung und die Sozialwissenschaften, die die politische Philosophie einst flankieren sollten, sind umgekehrt nach wie vor auf die politische Philosophie angewiesen: als Diskursfeld, auf dem normative Debatten geführt werden können. Auf der anderen Seite sind die normativen Entscheidungen in der soziologischen Theoriebildung natürlich selbst durch die gesellschaftlichen Verhältnisse motiviert. Die frühe Frankfurter Schule ist nicht zu verstehen ohne den Bezug zu einem faschistischen Europa, die Positionen des Wiener Kreises sind nicht nachvollziehbar, wenn die Schrecken des Ersten Weltkrieges auf der Basis eines losgelassenen (metaphysischen) Nationalismus nicht mitbedacht werden und die Positionen von Luhmann und Habermas sind ohne einen voll entwickelten Sozialstaat, der die Klassenkonflikte stark abfedert und Bilder einer horizontalen Vergesellschaftung plausibel werden lässt, nicht verständlich.²

Soziodizee

Wurden die Sozialwissenschaften bislang vor dem Hintergrund von Krisenerscheinungen des 19. Jahrhunderts betrachtet, nötigen die grausamen Erfahrungen des 20. Jahrhunderts den Sozialwissenschaften eine weitere Frage auf: Wie konnte es dazu kommen? Was einst als Theodizeeproblem verhandelt wurde – also als Frage, warum ein gutmütiger Gott soviel Elend zulässt – stellt sich den Sozialwissenschaften als Frage, wie (einigermaßen) zivilisierte und aufgeklärte Menschen das zugelassen konnten? Auf der Linie der neuzeitlichen Demokratie-

² Gut nachvollziehbar entlang der eigenen Theorieentwicklung ist diese Verschiebung in der soziologischen Theorie durch die (temporäre) Reduzierung des Klassenkonflikts im Werk von Claus Offe; vgl. hierzu vor allem die Aufsatzsammlung Offe 2003.

theorien und einem daraus resultierendem Gesellschaftsverständnis als potentiell Gestaltbares könnte eine Antwort lauten: Weil die Akteure dies so wollten, wobei unter Akteure hier auch die subsumiert sind, die unten den Missständen gelitten haben. Diese Antwort hat den Charme, unabhängig von der demokratietheoretischen Prämisse, ohne weitere normative Zusatzannahmen auszukommen und die Beantwortung der Frage letztlich dem Staatsbürgerpublikum zu überlassen. Der Nachteil dieser Antwort liegt in ihrer analytischen Unterkomplexität. Schließlich wurden weder die Opfer des Holocaust noch die Toten des Vietnamkrieges vorher gefragt, ob sie ihrer Vernichtung zustimmen. Und auch für breite Teile der Bevölkerung kann angenommen werden, dass sie die Entwicklungen zwar verurteilten, sich selbst aber die Fähigkeit abgesprochen haben, sich öffentlich zu positionieren, oder aus (berechtigter) Angst vor Repressionen oder Sanktionen (Arbeitsplatzverlust; soziale Missachtung, eigene politische Verfolgung) Missstände hinnehmen, selbst dann, wenn sie selbst betroffen sind. Eine gewichtige Einsicht soziologischen Denkens ist daher, mit Strukturen zu rechnen, die hinter dem Rücken der Akteure operieren und eine Wirkmächtigkeit entfalten, die das demokratische Prozedere der Gesellschaftsgestaltung unterlaufen. Zu denken ist hier an ökonomische Faktoren wie etwa der Waren- oder Geldfetisch (Marx, Simmel), an einseitige Rationalisierungstendenzen (Weber), an Medienmacht (Adorno), an verselbstständigte (Sub-)Systeme (Habermas) oder an Klassenstrukturen (Bourdieu). Jene Soziologien, die eine solche Antwort auf das Soziodizeeprobem geben, umgehen das intuitive Wissen der Gesellschaftsmitglieder um ihre jeweilige Gesellschaft und postulieren gut aufklärerisch eine Beobachterposition jenseits der gesellschaftlichen Performanz. Nicht umsonst wird solchen Soziologien auch immer wieder Überheblichkeit und Arroganz vorgeworfen (vgl. etwa Celikates 2009). Dass diese Soziologien solche Reaktionen provozieren zeigt indessen: Selbst die Frage nach der Potenz der Gestaltbarkeit von Gesellschaft ist keineswegs normfrei: Sie ist umkämpft und gerade bei dieser Frage entzündet sich die zu Grunde liegende Differenz an den Begriffen Innovation/Affirmation. Innovation bezeichnet dann jene Tendenzen der Soziologie, die gerade durch den Nachweis struktureller Verzerrungen der Gestaltbarkeit von Gesellschaft diese einfordern und jeweils aktuelle Mehrheitsmeinungen erst akzeptieren, wenn diese (mehr oder weniger) eindeutig autonom entwickelte Meinungen sind. Affirmativ bezeichnet dann die Gegenposition, die mit dem Verweis auf nicht hintergehbare aktuelle Mehrheitsmeinungen die bestehende Ordnung als legitimiert begreift.

Im Nachkriegsdeutschland werden sich zwei Theorieparadigmen entwickeln, die exakt jene Differenz (auch politisch) austragen. Auf der einen Seite steht Jürgen Habermas (vgl. dazu Beer/Trienekens in diesem Band), der nach eigenem Selbstverständnis das Erbe der Kritischen Theorie antritt und der gerade